

Midlum auf Föhr, 24. April 2013

Pressemitteilung der Insel- und Halligkonferenz

Offshore-Windparks gehören nicht in Küstennähe

Insel- und Halligkonferenz unterstützt SDN-Forderung nach Raumordnungskonzept

Die Insel- und Halligkonferenz sieht den Vorstoß von Minister Meyer – zukünftig Offshore-Windparks mehr in Küstennähe zu planen - mit großer Sorge. „Langjährige Planungen werden durch den Vorschlag in Frage gestellt“, kritisiert Jürgen Jungclaus, Vorsitzender der IHKo den Vorschlag. „Die derzeit geplanten Offshore-Windparks in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) sind soweit abgeklärt, dass es von den am Meeresbereich interessierten Stellen keine grundsätzlichen Bedenken mehr gibt.“ Damit ist bereits viel erreicht worden. Jetzt geht es darum, Wege zu finden, den produzierte Strom in effizienten Stromnetzen vom Meer ans Festland und weiter zu den Kunden zu liefern. Die Insel- und Halligkonferenz hat Minister Meyer schriftlich aufgefordert, zum aktuellen Sachstand der Pläne zur Neuausrichtung der Offshore-Windpark zu informieren und mitzuteilen, was im Einzelnen geplant ist.

Auf Nachfrage der IHKo beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) heißt es, dass es für die ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ), für die das BSH zuständig ist, keine "Neuausrichtung" gibt. Bleibt die Frage, was innerhalb der 12-Seemeilenzone geschieht. Hier liegt die Zuständigkeit beim Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR), das sich bereit kritisch zu dem Vorstoß vom Wirtschaftsminister geäußert hat. Eine Sicht, die von der Insel- und Halligkonferenz geteilt wird. „Die Akzeptanz für küstennahe Windparks fehlt in der Bevölkerung,“ stellt die Geschäftsführerin Natalie Eckelt fest. „Zudem ist das Gebiet ein sensibles Ökosystem – ausgezeichnet als Nationalpark, Biosphärengebiet und Weltnaturerbe. Hier Windparks bauen zu wollen, ist für uns der falsche Weg.“ Begrüßt wird die Aussage von Bundesumweltminister Peter Altmaier gegenüber der shz, das Weltnaturerbe Wattenmeer grundsätzlich aus den Überlegungen herauszunehmen, weil er es nicht gefährden wolle und es zu unseren größten Naturschätzen gehört.

Grundsätzlich sieht die IHKo die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien positiv. Es geht darum, die Energiewende in Deutschland zum Erfolg zu bringen sowie die globale CO₂-Emission im Hinblick auf die Ziele des Klimaschutzes zu reduzieren. Um dieses zu erreichen müssen verschiedene Wege gegangen werden. Natalie Eckelt weist darauf hin dass „auch die Insel- und Halliggemeinden dazu bereits umfangreiche Eigenleistungen erbracht haben, im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes für den Kreis Nordfriesland sowie in eigenen, insularen Projekten.“

Die Pläne zum Ausbau der Offshore-Windkraftanlagen werden seit Jahren von der IHKo begleitet. Generell kann dem jedoch nur zugestimmt werden, wenn dadurch nicht zusätzliche Gefährdungen für unsere Küsten und Einwohner geschaffen werden. Der Betrieb von Offshore-Windparks stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen. „Neben der Rettung von Menschenleben (aus Höhen oder Tiefen) bei schwierigen räumlichen Gegebenheiten ist auch die Sicherung der Technik (Plattform, Umspannwerk, Windanlagen, Tanklager usw.) von Bedeutung. Hinzu kommen mögliche Umweltverschmutzungen durch Schiffe oder

Tanker, die bei einer Kollision mit einer Windkraftanlage Leck schlagen,“ zählt Jürgen Jungclaus auf.

Die Schifffahrtsstraße vor den Küsten der nordfriesischen Inseln ist eine der am stärksten frequentierten Schiffsrouten in Europa. „Es ist für uns unzweifelhaft festzustellen, dass mehr feste Hindernisse in der Nordsee auch zusätzliche Gefährdungen in Bezug auf Schiffshavarien bedeuten, die nur dann akzeptabel sind, wenn entsprechend zusätzliche Sicherungen geschaffen werden“, erläutert Jürgen Jungclaus. Dringend notwendig sind ein international abgestimmtes Sicherheitskonzept für die Nordsee, eine grenzüberschreitende Raumplanung (DK) im Küstenbereich (mit Blick auf die nordfriesischen Inseln und Halligen) sowie der allgemeinen Wirtschaftszone und zudem eine nationale Küstenwache. Eine nationale Küstenwache durch Zusammenfassung der Bundeseinheiten unter einem Kommando.

Weitere Informationen:

Jürgen Jungclaus, Tel. 0171 – 3686633

oder

Insel- und Halligkonferenz

Natalie Eckelt, Tel. 0151 – 50670488